

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Umweltausschuss

5. Sitzung

Agrarausschuss

7. Sitzung (neu)

am Mittwoch, dem 13. September 2000, 11:30 Uhr
in Neubukow

Anwesende Abgeordnete des Umweltausschusses

Frauke Tengler (CDU)	Vorsitzende
Helmut Jacobs (SPD)	
Konrad Nabel (SPD)	
Ursula Sassen (CDU)	
Jutta Scheicht (CDU)	
Herlich Marie Todsén-Reese (CDU)	
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)	
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Anwesende Abgeordnete des Agrarausschusses

Claus Hopp (CDU)	Vorsitzender
Maren Kruse (SPD)	
Dr. Henning Höppner (SPD)	
Friedrich-Carl Wodarz (SPD)	
Jürgen Feddersen (CDU)	
Hans-Jörn Arp (CDU)	in Vertretung von Claus Ehlers
Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Fehlende Abgeordnete

Gudrun Kockmann-Schadendorf (SPD)

Wulhelm-Karl Malerius (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einziger Punkt der Tagesordnung:

Besichtigung eines Biokraftwerks in Neubukow

(Mecklenburg-Vorpommern)

Die Vorsitzende des federführenden Umweltausschusses, Abg. Tengler, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 11:30 Uhr vor der Biogaskraftwerksanlage in Neubukow und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor der Besichtigung der Anlage begrüßt der Bürgermeister der Gemeinde, Doll, die Ausschüsse und geht kurz auf die Vorgeschichte, die zu der Errichtungsentscheidung der Gemeinde geführt hat, ein.

Besichtigung der Biogaskraftwerksanlage in Neubukow

Die Ausschussmitglieder besichtigen die Biogasanlage und lassen sich von den Vertretern des Herstellerunternehmens über Aufbau und Funktionsweise der Komponenten der Anlage sowie die Abwicklung des Betriebs detailliert unterrichten.

Im Anschluss daran setzen die Ausschussmitglieder die Sitzung um 14:40 Uhr in Kühlungsborn fort.

Aussprache

Geschäftsführer Schrum führt aus, dass der Firma Farmatic vorschwebe, auch in Schleswig-Holstein Biogaskraftwerke wie in Neubukow an 14 oder 15 Standorten zu bauen, die regional in einem Umkreis von 20 bis 25 km landwirtschaftlichen Abfall aufnehmen könnten.. Nicht nur die Landwirte profitierten von einer Verminderung ihrer Gülleprobleme; auch die Belastung der Böden durch das sonst mit der Gülle ausgebrachte Nitrat nehme wesentlich ab und das Grundwasser werde dadurch um etwa 90 % weniger belastet. Er hoffe auch auf Hilfe in der Richtung, dass alle Kompostanlagen die leicht verdauliche Fraktionen der braunen und grünen Tonne in Biogaskraftwerken verwertet werden könnten, statt die Luft zu belasten.

Für dieses Konzept bedürfe die Firma Farmatic aber auch politischer Unterstützung. Nicht nur das Land habe sich bereits politisch in diese Richtung bewegt, auch auf Bundesebene sei die Akzeptanz solcher Anlagen spürbar.

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, stellt den großen Anlagen wie in Neubukow die kleineren Hofanlagen gegenüber. Sie möchte wissen, wie viele Haushalte die Anlage versorge und wie sich Wirtschaftlichkeit und Wirkungsgrad zueinander verhielten.

Geschäftsführer Schrum bemerkt, dass für Wirtschaftlichkeit und Wirkungsgrad eine Reihe von Faktoren eine Rolle spielten. Wesentlich sei ein hoher Standard von Anlagen, wie sie die Firma Far-

matic seit Jahren baue. Dabei werde sehr viel bei der biologisch richtigen Beschickung der Anlage, dem Einsatz der richtigen Filtertechnik und auch im Blockheizkraftwerksbereich getan. Eine kleinere Anlage sei in den Kosten pro Kubikmeter Biogas einer etwas größeren Anlage immer weit unterlegen.

Hofanlagen hätten ihre Existenzberechtigung immer dort, wo genug Masse vorhanden sei, ein vollständiges Wärmekonzept bestehe und ein Betriebsleiter zur Verfügung stehe, der seine ganze Aufmerksamkeit der Anlage, die ja mit lebenden Organismen arbeite, widmen könne. Anderenfalls nehme die Beseitigung von Problemen überhand.

Er beobachte die Entwicklung seit 20 Jahren. Erst jetzt betrachte Farmatic das Kerngeschäft als fertig. Farmatic betreibe im Übrigen seit längerem Kläranlagen in Bosnien und baue auch Großanlagen in Venezuela, aber ebenso Hofbiogasanlagen. Die Firma stelle sich dabei selbst immer wieder auf den Prüfstand, um sicherzustellen, dass ihre Anlagen auch nach Jahren noch einwandfrei arbeiteten.

Bei 5,6 % interner Verzinsung amortisiere sich eine Anlage wie eine Windkraftanlage in 12 Jahren; dann erst sei die Wirtschaftlichkeit auch für die Kommanditisten gegeben. Dies könnten sich Betreiber von Hofgasanlagen in der Regel nicht leisten, weil die Anlagen zu klein seien. Bei einigen könne sich die Anlage rentieren, wenn die Betriebe über eine ordentliche Betriebsleitung verfügten, ein relativ großes Stoffaufkommen hätten, eine ordentlich nachwachsende Rohstoffschiene, und lange abgesicherte Betriebsfähigkeit.

Die Anlagen der Firma Farmatic seien auch geeignet, Methangas als Grundlage für die jetzt in der Entwicklung befindlichen zu produzieren. Dieser Weg biete die sicherste ökologische Variante für den Straßenverkehr. Kleine Anlagen böten diese Möglichkeiten nicht. Der Aufwand für die Erzeugung eines Kubikmeter Gases sei in der Anlage in Neubukow um den Faktor 10 niedriger als bei kleinen Anlagen. Die Transportkosten fielen da nicht so sehr ins Gewicht.

Im übrigen werde auch der Straßenverkehr von den Emissionen her entlastet, wenn etwa die schleswig-holsteinischen Maschinenringe ihre optimale Logistik für den Transport des Biomaterials zu einer solchen größeren Anlage einsetzten.

Auf die Nachfrage der Vorsitzenden, Abg. Tengler, bemerkt Geschäftsführer Schrum, dass in Neubukow 1000 Wohnungen durch das Biogas-Kraftwerk beheizt würden. Herr Briesemeister ergänzt, dass über die 1000 Wohnungen hinaus auch alle kommunalen Einrichtungen, Schulen, andere kommunale Einrichtungen wie auch Betriebe versorgt würden. Dies geschehe in Zusammenarbeit mit den

Stadtwerken, wobei der Anteil, den die Anlage leisten könne, möglicherweise noch größer werde. Die Diskrepanz sei für die Stadtwerke schlechter geworden und die Anlage erzeuge mehr Gas, als bisher prognostiziert worden sei.

Auf die Frage des Abg. Arp nach den Kosten für die Erzeugung einer Kilowattstunde teilt Geschäftsführer Schrum mit, dass die Investitionen in das Biogaskraftwerk insgesamt 10,5 Millionen DM ausgemacht hätten. Normale Biokraftwerke in Schleswig-Holstein kosteten 6,5 Millionen DM oder 8 bis 9 Millionen DM. Die Anlage in Neubukow sei die einzige regionale Entsorgungsanlage, die auch die Reststoffe aus der Vitamin-C-Herstellung verwerte.

Wenn man die Abschreibung voll einrechne, könnten nach acht Jahren schwarze Zahlen geschrieben werden. Dies sei auch für die Förderungsmechanismen wichtig.

Verdient werden könnten 5 % vor Steuern. Die Kilowattsunde koste in der Produktion inklusive der Abschreibung im „bad case“ 18,86 Pf. Bei einem Vergleich mit anderen Herstellern müsse bedacht werden, dass sie billigeres Material verwendeten, sodass die Technik nach 5 Jahren meist nicht mehr funktionsfähig sei.

Abg. Fröhlich erkundigt sich, aus welchem Grunde Holzreste zur Kompostierung freigegeben und nicht in die Biogasanlage eingebracht werden sollten.

Geschäftsführer Schrum merkt an, dass es sich hier um ein rein biologisches Problem handele. Alles das, was eine Kuh nicht gut verdaue, verdaue auch eine Biogasanlage nicht so gut. Die Holzreste müssten deshalb in die Holzvergasung oder in die Verbrennung gegeben werden, um einen Verwertungskreislauf zu erreichen.

Geschäftsführer Schrum legt weiter dar, dass die nachwachsenden Rohstoffe im Augenblick nichts anderes als Nutzpflanzen seien, die zum „Füttern“ der Mikroben eingesetzt würden. 10 % der Flächen in Deutschland seien stillgelegt. Dabei handele es sich nicht immer um die besten Flächen. Auch Gras könne vergärt werden; das geschehe probeweise schon auf Naturschutzflächen. Dass es sich lohne, Mais zu vergären, sei ebenfalls bekannt.

Er ergänzt auf eine Nachfrage der Abg. Fröhlich, dass auch der Einsatz von Gras in Betracht käme; nur mache der Energiegehalt pro Kilogramm nur etwa die Hälfte des Energiegehalts von Maissilage aus.

Strauch- und Grünschnitt aus den Städten müsse nicht in Kompostierungsanlagen verbracht werden; er könne von einer solchen Anlage mit „vertilgt“ werden. Dann komme es auch nicht zu Schwermetallproblemen. 2000 t Grünschnitt mit auspuffbelastetem Gras aus der Stadt fielen nicht ins Gewicht, weil der gesamte Input dadurch entsprechend erhöht werde, sofern nicht zu viel Holz darin enthalten sei.

Die Frage von Herrn Götze, ob auch daran gedacht sei, gentechnisch veränderte Bakterien einzusetzen, verneint Geschäftsführer Schrum, die in der Natur vorhandenen Bakterien hielten sich hervorragend, auch unter Stressbedingungen. An anderer Stelle werde zwar mit „Turbo-Bakterien“ experimentiert; solche Mikroben könnten aber voraussichtlich erst in zehn Jahren eingesetzt werden. Ob Farmatic diesen Schritt gehen werde, müsse er infrage stellen. Dazu müssten dann verschiedene Komponenten der Anlagen neu aufeinander abgestimmt werden.

Abg. Hopp erkundigt sich nach der Abrechnung mit den Landwirten bei der Anlieferung von Gülle und anderem Biomaterial.

Geschäftsführer Schrum legt dar, dass die Landwirte in der Umgebung von Neubukow ein Lieferrecht und eine Rücknahmeverpflichtung hätten. Die Mengen, die sie anlieferten, erhielten sie zum Nulltarif entsprechend als Nährsubstrat zurück. Für Maissilage und Futterrückstände, die den Düngewert des von ihnen gelieferten Nährsubstrats um 30 bis 40 % erhöhten, erhielten sie eine Entschädigung.

Die Landwirte brauchten nicht Gesellschafter zu werden. Allerdings werde ihnen oder Kommunen gleichsam eine Eigenkapitalschiene als Kommanditist zur Verfügung gestellt. Falls das Geld nicht zusammenkomme, werde auch versucht, mit externen Fonds zu arbeiten. Das lasse sich jedoch so regeln, dass die Verfügungs- und Stimmrechte über die Maschinenringe beibehalten würden.

Zum Anlieferungsverfahren führt Geschäftsführer Schrum aus, dass in der Regel der Maschinenring dem Landwirt mitteile, wann der Tankwagen komme, um die Gülle aufzunehmen. Das Nährsubstrat komme dann in Lagerbehälter des Landwirts zurück, der es dann ab März selbst ausbringen könne.

Herr Briesemeister erläutert, dass derzeit unterschiedliche Regelungen praktiziert würden. Der Idealfall, dass der Landwirt 3000 Kubikmeter Gülle anliefern und Nährsubstrat zurückbekomme, sei noch nicht erreicht. Es gebe Verschiebungen beim Stickstoffanteil im Hinblick auf Ammonium, Kali und Phosphor. Ein Landwirt wolle mehr Stickstoff, ein anderer lege größeren Wert auf Kali. Prinzipiell gelte, dass der Landwirt einen Lieferanspruch auf eine Menge in mindestens der gleichen Qualität habe wie bei der Lieferung.

Die Landwirte, die Material an die Anlage geliefert hätten, aber mehr zurückerhielten, als sie eingebracht hätten, bezahlten zumindest den Transport und 50 % des Düngewerts, also zum Beispiel statt 4 DM nur 2 DM je Kubikmeter. Im Übrigen erhalte jeder Landwirt ein Protokoll mit konkreten Angaben der Inhaltsstoffe, sodass eine düngetechnische Bilanz erstellt werden könne.

Im Prinzip sei es besser, wenn die Gülle frisch sei – so antwortet Herr Briesemeister auf eine Nachfrage des Abg. Hopp -, weil dann der Gasertrag höher sei. Durch den Kofermentereinsatz werde die Gaskapazität verdoppelt.

Abg. Hopp sieht einen Vorteil darin, dass der Dünger witterungs- und jahreszeitunabhängig ausgebracht werden könne.

Herr Briesemeister ergänzt, dass die Anlage darüber hinaus für die Schweinemastbetriebe zusätzliche Lagerkapazität von rund 21000 Kubikmetern anbieten könne.

Herr Langenbeck fügt hinzu, dass die Landwirte die Restsubstrate auch noch in der Vegetationsperiode ausbringen könnten; das Produkt sei ölig und laufe von den Blättern herunter. Durch die Verringerung des Säuregehalts würden auch Verätzungen vermieden. Der pH-Wert liege bei 7,5 bis 8.

Abg. Jacobs bemerkt, dass nicht in jedem Betrieb die gleichen Bedingungen herrschten, sodass jede Anlage gewissermaßen Pilotcharakter haben werde. Wenn davon die Rede sei, dass das Unternehmen 15 Anlagen in Schleswig-Holstein im Auge habe, interessiere ihn, welche Hemmnisse es dafür gebe und welche Hilfe das Unternehmen von den Parlamentariern erwarte, zumal das Land Schleswig-Holstein bereits eine Initiative zur Förderung von Biogas ergriffen habe.

Herr Langenbeck macht darauf aufmerksam, dass nicht die finanziellen Hilfen ausschlaggebend seien. Für den Bau solcher Anlagen würden im Land bestimmte Strukturen und andere Voraussetzungen benötigt. Das beginne bei der Standortsuche, da eine solche Anlage eine privilegierte Baugenehmigung benötige.

Begonnen werden müsse bei den Landwirten, die in erster Linie als Abnehmer des Restsubstrats in Betracht kämen.

Geschäftsführer Schrum betont, dass Biogasanlagen zunächst für die Entsorgung von Hausabfällen in Betracht kämen. Küchenabfälle zu verbrennen, sei „ökonomischer Wahnsinn“. Über Biogasanlagen würden Landwirt und Verbraucher im ländlichen Bereich wieder eine Einheit.

Herr Ehlers verweist in diesem Zusammenhang auf die praktischen Probleme. Das Gesetz über die erneuerbaren Energien verpflichte die Energieversorger, Energie aus solchen Anlagen aufzunehmen. In der Praxis werde aber entgegengehalten, das Netz sei voll.

Darüber hinaus gebe es kaum irgendwo Nahwärmekonzepte. Das Unternehmen versuche ausfindig zu machen, wo solche Konzepte entwickelt werden sollten. Ihm liege deshalb daran, die dafür notwendigen Informationen zu erhalten, um dann mit den Gemeinden in Verbindung treten zu können. Auf der anderen Seite verfügten die Gemeinden nicht über die Informationen, welche Leistungen das Unternehmen mit der Errichtung solcher Anlagen tatsächlich erbringen könne.

Geschäftsführer Schrum bekräftigt, im Grunde gehe es darum, durch die Landtagsabgeordneten Anstöße zu geben. Wenn Kommunen den Mut zu solchen Anlagen zeigten, könnten die Maschinenringe mithelfen, das Konzept aus technischer und organisatorischer Sicht zu entwickeln. Der Bedarf müsse aber zunächst einmal erkannt werden. Wenn beispielsweise ein solches Blockheizkraftwerk unmittelbar neben einer Turnhalle errichtet werde, werde die Kommune finanziell erheblich entlastet. Die Politik vor Ort müsse eingeschaltet und das Interesse geweckt werden.

Herr Briesemeister empfindet die Zusammenarbeit mit der Politik auch als notwendig, soweit es um Fördermittel gehe. Die Landwirte hätten nicht das notwendige Eigenkapital, sich entsprechend zu beteiligen.

Hinzu kämen die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Umweltministerium und Ministerium für ländliche Räume in diesen Fragen.

Auf die Frage der Vorsitzenden, Abg. Tengler, nach den angedeuteten möglichen Standorten für solche Anlagen nennt Geschäftsführer Schrum die Orte Viöl, Langenhorn, Föhr, Pellworm, Albersdorf, Hennstedt, Hanerau-Hademarschen, Wacken, Tornesch, Bungsberg, Aukrug und die Kremper Marsch.

Abg. Dr. Happach-Kasan fragt nach, ob das Unternehmen den landwirtschaftlichen Betrieben die Lagerkapazitäten für aufzuarbeitendes Material auf dem Gelände der Anlage zur Verfügung stelle.

Zum anderen macht sie darauf aufmerksam, dass sich auch Industriebetriebe, in denen Biomaterial anfalle, etwa Brauereien oder auch bei der Herstellung von Kölln-Flocken, als Standorte für solche Anlagen anböten.

Weiter sei zu überlegen, ob dafür nicht auch die Kooperation mit Hamburg zur Verwertung der dort anfallenden Abfälle zu suchen sei.

Geschäftsführer Schrum bemerkt, dass das Unternehmen bereits zwölf Kunden mit Abwasseranlagen für Brauereien beliefert habe. Diese Kunden seien in der Tat auch für diesen Bereich sehr interessant. Auch die Firma Dickmanns mit ihren Produktionsabfällen käme in Betracht.

Weiter gebe es auch Angebote über die Verwertung von 5000 t Mars oder Snickers sowie 80000 t verpackte Lebensmittel. Derzeit werde eine Anlage zur Entpackung und Vergärung von Karamelbonbons in der Gegend zwischen Berlin und Cottbus gebaut. Allein die Entpackungstechnik koste rund 10 Millionen DM. Man rechne damit, auch aus Berlin etwa 20000 t Material aus der braunen Tonne zur Verwertung zu erhalten.

Mit den Materialien aus dem Hamburger Hafen werde sich kein Geschäft entwickeln.

Zur Bereitstellung der Lagerkapazitäten antwortet Herr Briesemeister auf die Frage der Abg. Dr. Happach-Kasan, dass normalerweise der Anlagenbetreiber nach einem entsprechenden Plan Tankwagen zu dem Landwirt schicke, das Biomaterial dort abpumpe und ihm das Restsubstrat wieder bringe. Teile könnten aber auch auf dem Gelände gelagert werden und ihm erst bei Bedarf wieder zur Verfügung gestellt werden.

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, schließt die Sitzung um 15:45 Uhr.

gez. Tengler
Vorsitzende

gez. Burdinski
Geschäfts- und Protokollführer